

Zaur T. Gasimov: Militär schreibt Geschichte. Instrumentalisierung der Geschichte durch das Militär in der Volksrepublik Polen und in der Sowjetunion 1981-1991. (Reihe Osteuropa, Bd. 2.) LIT Verlag, Münster 2009. 210 S., 1 Tabelle. ISBN 978-3-643-10001-6. (€ 29,90.)

In seiner Dissertation liefert Zaur T. Gasimov eine vergleichende Betrachtung des volkspolnischen bzw. des sowjetischen Militärs hinsichtlich der von diesen in den 1980er Jahren betriebenen Instrumentalisierung von „Geschichte“, verstanden als sinnstiftende Interpretation der fernerer oder näheren Vergangenheit aus der eigenen aktuellen Position heraus zu bestimmten politisch-gesellschaftlichen Zwecken. Er verbindet dabei mehrere analytische Betrachtungsebenen: die Stellung des Militärs in den kommunistischen Staaten und damit in erster Linie ihr Verhältnis zur herrschenden Partei; die Funktion von Geschichtspolitik für die Etablierung bzw. Behauptung der kommunistischen Herrschaft; die Militarisierung der Gesellschaften im „Realsozialismus“; das Verhältnis älterer nationalistischer Deutungsmuster der historisch-politischen Existenz des Staates zu den internationalistisch-marxistischen; sowie die gegenüber der Partei möglicherweise eigenständige Rolle der Armee innerhalb dieser Prozesse.

Ziel der Arbeit ist es, die Reaktion der beiden Armeen als zentrale Machtpfeiler der Regime auf die ideelle Herausforderung durch oppositionelle Kräfte in den 1980er Jahren unter dem Gesichtspunkt einer zunehmenden Konkurrenz historisch argumentierender Deutungsmuster nachzuzeichnen. Die Militärführungen werden also in ihrer Rolle als sozusagen „ideologische Kombattanten“ betrachtet, die – so G. – in erster Linie bestrebt waren, sowohl das sie tragende, ja privilegierende Regime zu stützen als auch ihre eigene Position über die Wirren der Zeit hinwegzueretten. Generell interessant war dabei die – trotz gelegentlich noch vorkommender Gewaltanwendung – tendenzielle Verlagerung des von den Kommunisten stets propagierten „Kampfes“ gegen ideologische Gegner auf die ideelle Ebene.

Die Gegenüberstellung Polens und der UdSSR dient weniger einer beziehungsge- schichtlichen als einer komparatistischen Betrachtung. In der Tat führte der unterschiedliche historische Hintergrund bei der Errichtung des Kommunismus zu verschiedenen Pfaden der Entwicklung, die in Polen bald schon explizit, in der Sowjetunion allenfalls unter- schwellig nationalkommunistisch interpretiert wurden. In beiden Ländern hatten jedoch nationalistische Geschichtsdeutungen schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine große Rolle gespielt – in Polen als wesentliche Basis des staatlichen Neuaufbaus nach 1918, in der Sowjetunion bei der konservativ-nationalrussischen Reorientierung unter Stalin in den 1930er Jahren. In beiden Fällen hatte der Krieg gegen Deutschland dann zu einer weiteren massiven Mobilisierung des Nationalismus geführt, der nach 1945 nicht revidiert, sondern für die innen- wie außenpolitische Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft in- strumentalisiert wurde.

Der Vf. konstatiert eine maßgebliche Veränderung der ideellen Rahmenbedingungen in den Warschauer-Pakt-Staaten durch die Entstalinisierung nach 1956, wodurch eine partielle Enttotalitarisierung in Gang gesetzt worden sei, die es letztlich ermöglicht habe, den Diskursraum für konkurrierende Interpretationen zu öffnen. Er skizziert daher zunächst für die Zeit bis 1980 die oben genannten Teilaspekte des politischen Einsatzes historischer Deutungsmuster seitens der autoritären Regime in Polen und der Sowjetunion.

In den Hauptkapiteln widmet G. sich dann den 1980er Jahren als der Phase, in der be- sagter Wahrheitsanspruch von oppositionellen Kräften in Frage gestellt wurde. Dabei be- schreibt er eine sich rasch vollziehende Aushöhlung der kommunistischen Ideologie und den sich zwischen legitimen und illegitimen Akteuren entwickelnden Wettlauf um eine neue ideelle Begründung des Staates. Bemerkenswert ist der in beiden Fällen zu beobach- tende, jedoch gänzlich unterschiedlich begründete diskursive Bedeutungszuwachs der Ar- meen.

Ein markanter Unterschied bestand demnach darin, dass das polnische Militär nach 1945 durchweg an dem offiziellen Geschichtsdiskurs der Partei mitgewirkt und zugleich

die Militarisierung und Nationalisierung der Gesellschaft vorangetrieben habe. Besonders wichtig war dabei der große Anteil „nationaler“ Geschichtsbilder im Weltbild der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Umstand, dass gerade die Armee ein Selbstverständnis als überzeitlicher Garant der nationalen Existenz pflegte. Dies zeigte sich darin, dass sich die geschichtspolitische Auseinandersetzung mit der Opposition unter anderem in der Kontrastierung der Personen Józef Piłsudskis und Roman Dmowskis ausdrückte, also zweier nationalistischer Konzepte, die sich primär in ihrer Haltung zu Russland unterschieden. In den 1980er Jahren übte die Armee dann *de facto* die Macht im Staate aus, was in dieser Form im Ostblock einzigartig war und nur durch die ideelle Überlappung von Kommunismus und Nationalismus in Polen zu verstehen ist. Zugleich führte die Öffnung des historisch-politischen Diskursraums für zuvor tabuisierte Geschichtsthemen wie Katyn' zu keiner Schwächung der polnischen Armee, da sie sich mit der Opposition in einer historischen Opferrolle wiederfinden konnte. Im Ergebnis gelang der Armee eine schrittweise Angleichung der Diskurse in Form eines nationalistischen Konsenses; dies war ein wesentliches Element der ausgehandelten Revolution von 1989, die auch das Überleben der polnischen Armee sicherte.

Im Unterschied hierzu war das Verhalten des sowjetischen Militärs viel passiver und weitgehend desorientiert. Die Gründe dafür sieht G. vor allem in der Spannung zwischen imperialer und nationalistischer Weltsicht, dem Vielvölkercharakter der Sowjetunion sowie der für die Position der Armee tendenziell abträglichen Effekte der Liberalisierung. Tatsächlich kam es unter Michail Gorbachev zu einer schrittweisen Desavouierung der Armee durch die Staats- und Parteiführung. Zugleich zeigte sich die Armee trotz der Invozierung unterschiedlicher nationalistischer bzw. imperialer Traditionen letztlich außerstande, angesichts der entstehenden Vielfalt politisch-historischer Deutungsmuster sowie des Zerfalls der Bevölkerung in ihre ethnischen Bestandteile eine eigene stringente Deutung der jüngeren Geschichte zu erarbeiten, und zerfiel analog der Partei in Fraktionen. Im Ergebnis konnte sie so das Ende der Sowjetunion nicht überleben.

Insgesamt ist die Darstellung des Themas von hoher Plausibilität und fügt dem Wissensstand über die „realsozialistischen“ Regime wichtige Gesichtspunkte hinzu. Nicht zuletzt gelingt dem Autor, die Spezifik Volkspolens bzw. der UdSSR hinsichtlich der gewählten Fragestellung aufzuzeigen. Gleiches gilt für die Ähnlichkeiten im korporativen Verhalten der Armeen sowie die ideellen Verbindungsstränge zur Zivilbevölkerung. Insbesondere die Kontinuität nationaler bzw. nationalistischer Sichtweisen in den Armeen über den Systemwechsel hinweg erscheint als wichtiger Umstand, zumal sich hier bis heute keine grundlegenden Änderungen ergeben zu haben scheinen. Das wirft in normativer Hinsicht die Frage auf, inwieweit eine national verbrämte – in den Augen der Öffentlichkeit damit jedoch oft als unpolitisch geltende – Haltung der Armee in einem demokratischen Staat zulässig ist.

Besonders nützlich sind die vielfältigen Verweise auf die nur schwer zugänglichen Diskurse im Kaukasus und in Zentralasien. G. berührt zahlreiche interessante Nebenaspekte; insbesondere bemüht er sich dadurch um eine ideengeschichtliche und politikwissenschaftliche Einbettung seiner Hauptfragestellung. Viele dieser Punkte, die eigentlich eine vertiefte Betrachtung verdienten, werden freilich nur angeschnitten und bleiben daher eher thesenartig im Raum stehen. Immerhin werden so teils neue Zusammenhänge identifiziert.

Die Aussagekraft der Studie ist allerdings dadurch eingeschränkt, dass jenseits der Analyse militärischer Publikationen keine Akten herangezogen wurden, um etwa die Strategien der Redaktionen oder ihre Verbindung zu anderen politischen Akteuren zu dokumentieren. Zwar wäre dies gerade für die russisch-sowjetische Seite ein schwieriges Unterfangen gewesen, doch hätte dieser Punkt zumindest in der Einleitung diskutiert werden sollen. Ein weiteres Manko bilden die zum Teil unübersichtliche Textstruktur sowie einige inhaltliche Überschneidungen und Wiederholungen; trotz der feinteiligen Gliederung fällt die Orientierung im Text nicht immer leicht. Auch hätte der am Ende platzierte theoretische Abschnitt besser am Anfang gestanden; der vom Autor gewählte Ansatz, zunächst das

empirische Material darzulegen und danach theoretisch zu reflektieren, ist intellektuell nachvollziehbar, wirkt aber streckenweise ermüdend. Das liegt aber ebenso an dem – wohl nicht dem Autor anzulastenden – sehr engen und daher wenig leserfreundlichen Layout der Arbeit.

Warszawa

Jens Boysen

Andrzej Chwalba: Kurze Geschichte der Dritten Republik Polen 1989 bis 2005. (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts, Bd. 24.) Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2010. 208 S. ISBN 978-3-447-05925-1. (€ 19,80.)

Das hier besprochene Buch von Andrzej Chwalba setzt zu einem besonderen Zeitpunkt an, der noch immer häufig als die Anfangszäsur für das Fukuyamasche „Ende der Geschichte“ gilt. Im besprochenen Fall handelt es sich aber gleichzeitig – im gewissen Sinne – um einen „Neubeginn der Geschichte“. Denn gerade in Ostmitteleuropa, nicht nur in der Dritten Republik Polen, sind inzwischen schon zwei Dekaden seit der post-kommunistischen Wende durch gesellschaftliche und politische Phänomene der Neu- bzw. Umdeutung symbolischer Identitätsträger gekennzeichnet.¹ In diesen Prozessen der post-kommunistischen Staats- und Nationsbildung erwies sich folglich nicht nur die geopolitische und axiologische Weichenstellung, sondern auch der Diskurs zu Rolle und Auswertung der neueren historischen Geschehnisse als besonders relevant. Vor diesem Hintergrund ist der Versuch einer Zusammenfassung und Evaluation der letzten fünfzehn oder inzwischen auch zwanzig Jahre polnischer Zeitgeschichte keine leichte Aufgabe. Dass diese Herausforderung dem Autor bewusst ist, wird allerdings schon in den ersten Sätzen dieses historischen Essays herausgestellt.

Ch. strebt eine zusammenfassende Bilanz der Jahre 1989-2005 an und zielt auf die Ausarbeitung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen *Trade-offs*, mit denen Polen zu dieser Zeit konfrontiert wurde. Mithin beschäftigt sich das Buch mit dem politischen Aufbau des Staates (Staatsorgane, Parteien, Bürger und territoriale Selbstverwaltung), der zivilisatorischen Entwicklung der Wirtschaft und Infrastruktur, Sektoren wie Bergbau, Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft sowie Medien und Kultur. Anschließend ermöglicht Ch. den Leserinnen und Lesern einen Einblick in den facettenreichen Wandel der polnischen Gesellschaft – in Bezug auf demografische, partizipatorische, axiologische und religiöse Entwicklungen. All dies schafft einen Rahmen für die Darstellung der internationalen Geopolitik: über die Beziehungen Polens zu seinen Nachbarn sowie den Weg Polens in die NATO und die Europäische Union.

Schon diese kurze Inhaltsangabe lässt erkennen, dass das Analysefeld des Buches sehr breit gespannt ist. Dies hat zur Folge, dass zwar umfassende Bereiche des postkommunistischen Wandels in Polen ans Licht gebracht, gleichzeitig aber nicht alle Aspekte gleichmäßig beleuchtet werden. Im Kapitel zur politischen Entwicklung beispielsweise wirkt die Ausführung zu den Wahlen und Legislaturperioden in den jeweiligen Unterkapiteln fragmentarisch und unterbrochen. Diesbezüglich hätte das Buch von einer sorgfältigeren thematisch-chronologischen Sortierung der Geschehnisse in den jeweiligen Abschnitten sicherlich profitiert. Das Kapitel zur zivilisatorischen Entwicklung Polens beginnt mit einer scharfsinnigen Analyse der Balcerowicz-Ära. Die Ausführungen zu den jeweiligen Wirtschaftssektoren sowie der demografischen Transformation der polnischen Gesellschaft wirken dagegen ein wenig zahlenlastig, so dass dieser Teil des Buches – angesichts der Entwicklungen in der polnischen Wirtschaft nach dem EU-Beitritt – mangels einer gründ-

¹ Dies war exemplarisch, aber nicht ausschließlich, in dem polnischen Diskurs um den Verfassungsentwurf sichtbar, vgl. GENEVIÈVE ZUBRZYCKI: „We, the Polish Nation”. *Ethnic and Civic Visions of Nationhood in Post-Communist Constitutional Debates*, in: *Theory and Society* 30 (2001), S. 629-668.